



Stabsübergabe bei der Jugendunion

Der Vorstand der Jugendunion hat sich erneuert. Neuer Präsident ist Yannick Ritter, der mit seinem Team Akzente setzen will.

Seite 2

2024 – ein Rekordjahr für die direkte Demokratie

Wenn ich auf das erste Halbjahr 2024 zurückblicke, wird mir vor allem bewusst, wie viel wir uns mit dem Thema Abstimmungen und direkte Demokratie beschäftigt haben.



Dagmar Bühler-Nigsch
Vizepräsidentin und
Landtagsabgeordnete

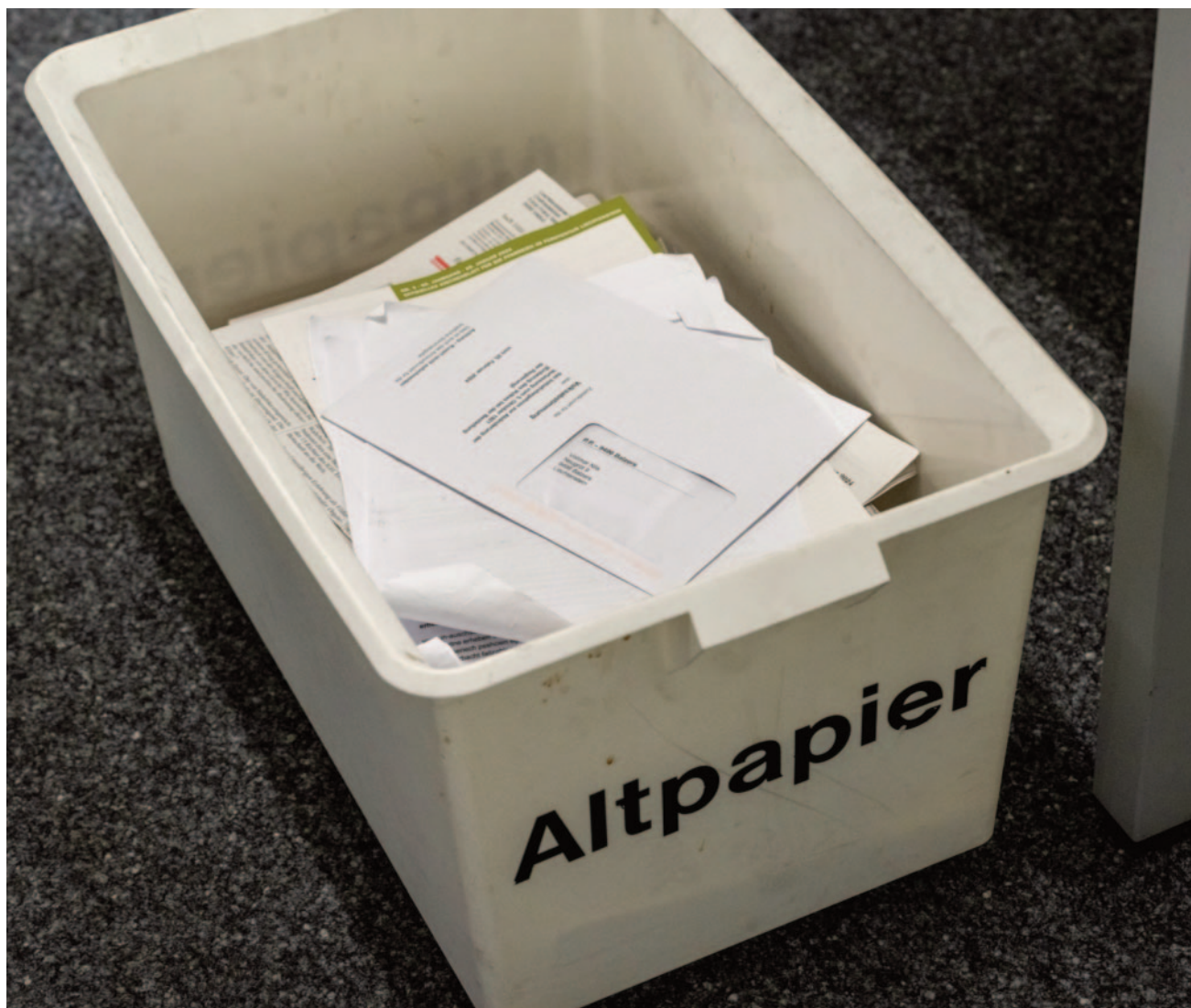
Gleich im Januar kam das Referendumsbegehren zu den Energievorlagen und zum elektronischen Gesundheitsdossier an die Urne, im Februar das Initiativbegehren zur Direktwahl der Regierung, gefolgt von der Abstimmung zum Ergänzungskredit für den Spitalneubau Mitte Juni. Jetzt geht es weiter mit dem Referendum zum IWF und der DpL-Initiative zur Privatisierung von Radio L. Es ist auch denkbar, dass wir uns noch dem Referendum zur FBP-Initiative für ein neues Auszahlungsverfahren (Doppelter Pukelsheim) widmen müssen. Wir dürfen also zu Recht sagen, dass unsere Demokratie lebt und die zur Verfügung stehenden demokratischen Mittel von den Bürgerinnen und Bürgern aktiv genutzt werden.

Debakel und Feigenblatt

Der Landtag als Volksvertretung ist in der Verantwortung, sich vertieft mit den meist umfassenden Unterlagen zu den verschiedensten Themen auseinanderzusetzen und Entscheidungen zu treffen. Die Meinungsvielfalt ist gross, es wird durchaus auch kontrovers diskutiert, aber schlussendlich entscheidet die Mehrheit. Sowohl im Landtag als auch beim Stimmvolk, wenn die Vorlagen am Schluss direktdemokratisch noch einmal auf den Prüfstand kommen. Im Landtag wird oft diskutiert, ob unser Entscheid auch einem Volksentscheid standhalten wird. Dies war im Juni-Landtag beim Ergänzungskredit für die Landesbibliothek leider nicht der Fall. Ich persönlich bedaure es ausserordentlich, dass man ein so wertvolles Projekt von landesweitem Interesse, das jahrelang vorbereitet wurde, in das man viel Ressourcen und Herzblut investiert hat, einfach beerdigt hat – mitunter auch noch aus Angst vor einem Referendum. Zudem spielte wohl das Planungsdebakel beim Landesspital eine Rolle, für das die Landesbibliothek als Feigenblatt erhalten musste.

Niedrige Unterschriftengrenze

Es zeigt sich, dass in letzter Zeit immer öfter das Referendum ergriffen wird. Oftmals werden die Unterschriftsbogen an alle Haus-



Die Abstimmungsverdrossenheit sorgt für Kopfzerbrechen.

Foto: Archiv/Nils Vollmar

halte verschickt, was zwar mit erheblichen Kosten verbunden ist, es aber bedeutend einfacher macht, die benötigten 1000 bzw. 1500 Unterschriften zu sammeln. Diese Zahl wurde seit 1985, nach der Einführung des Frauenstimmrechts, nicht mehr angepasst, auch wenn sich die Zahl der Stimmberechtigten seither fast verdoppelt hat. Mussten 1985 noch 8 bzw. 12 Prozent der Wahlberechtigten eine Gesetzes-, eine Verfassungsinitiative oder ein Referendum unterschreiben, sind es heute noch 4,8 bzw. 7,1 Prozent. Zwischen 1973 und 1985 war noch ein echtes Quorum gefordert: Um die Verfassung zu ändern, waren 20 Prozent der Wahlberechtigten nötig. Also musste jeder Fünfte unterschreiben. Für ein Gesetz waren es 13 Prozent. Nach dem Massstab von 1973 bräuchte man heute 2732 bzw. 4204 Unterschriften. Mit dieser Hürde wären einige Referenden, z. B. das jüngste zum IWF-Beitritt nicht zustande gekommen. Dass wir heute nur einen Bruchteil benötigen, um Volksabstimmungen herbeizuführen, zeugt von einer niedrigen Hürde zur Bevölkerungsbeteiligung.

Umso merkwürdiger ist andererseits, dass sich – wie bei der Spitalabstimmung – 33 Prozent der Bevölkerung den Gang zur Abstimmurne oder zum nächsten Briefkasten gleich ganz schenken und auf die Beteiligung verzichten.

Sinkende Beteiligung prüfen

Abstimmungen sind auch mit Kosten verbunden. Die VU-Motion zur Einführung von fixen Wahl- und Abstimmungssonntagen wurde im März 2023 mit 17 Ja-Stimmen an die Regierung überwiesen und soll nach der Vernehmlassung im letzten Herbst noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Wir hoffen auf eine gute gesetzliche Grundlage, welche den praktischen Herausforderungen gerecht wird. Es wird nämlich auch für die Gemeinden immer schwieriger, das notwendige Personal für die Abstimmungswochenenden zu rekrutieren. Wenn in kurzen Abständen Abstimmungen stattfinden – anstatt sie wie in der Schweiz zu bündeln –, ist das umständlich und schlecht planbar. Die VU wollte zudem mit einem Postulat den richtigen Zeitpunkt

nicht verpassen und frühzeitig Möglichkeiten eruieren, was wir tun können, um die Stimmbeteiligung möglichst hochzuhalten. Dazu gehört auch das Prüfen der digitalen Möglichkeiten, um die Teilnahme an politischen Prozessen zu vereinfachen und auch die jüngere Generation besser anzusprechen und einzubinden. Die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen soll mithilfe der Digitalisierung deutlich einfacher gestaltet und zudem sollen die politischen Inhalte über elektronische Plattformen und Tools besser verständlich aufbereitet werden. Leider wollte eine Landtagsmehrheit – und auch das zuständige Regierungsmitglied – davon nichts wissen.

Entscheidend ist aber am Ende das Abstimmungsergebnis an der Urne. Es ist erfreulich, dass grundsätzlich in der Bevölkerung immer noch ein gesundes Gespür für demokratische Prozesse und das politisch Machbare herrscht. Dies hat uns beispielsweise das klare Ergebnis bei der Direktwahl der Regierung gezeigt, wo sich die VU bereits im Vorfeld klar positioniert und stark engagiert hat. ■



Thomas Zwiefelhofer
Präsident

Editorial

IWF – Ja für mehr Sicherheit

Liebe Leserinnen und Leser

Eine Gruppe von 17 Personen hat gegen den vom Landtag beschlossenen IWF-Beitritt Liechtensteins das Referendum ergriffen und 2743 Unterschriften gesammelt. Damit wird es im September 2024 in Liechtenstein zur 6. Volksabstimmung dieses Jahres kommen. Darüber kann man sich nun ärgern oder aber feststellen, dass Liechtenstein eine lebendige und gut funktionierende Demokratie hat. In unserer unruhigen und gefühlt unsicheren Zeit ist es jedenfalls einfach, mit dem Schüren von Ungewissheit und diffusen Ängsten in kurzer Zeit mehr als nur die nötigen Unterschriften zu sammeln. Gleichzeitig ist es schwieriger geworden, dass den Entscheidungen der gewählten Volksvertretung vertraut wird.

Nicht das erste Mal wird in Liechtenstein vor internationalen Verträgen und Organisationen gewarnt und der Teufel an die Wand gemalt. Hätten wir jeweils auf die Kassandrarufer der Warnenden gehört, wäre Liechtenstein heute weder Mitglied des Europarats noch der UNO oder des EWR. Unser Land wäre heute nicht das, was es ist, nämlich ein weltweit anerkannter und respektierter Partner. Gerade als Kleinstaat brauchen wir aber Sicherheit und Anerkennung unserer Souveränität. Der Mut unserer bisherigen internationalen Politik wurde belohnt. Aber wieder ertönen die Rufe der Skeptischen, die vor allen bösen internationalen Organisationen warnen, die nur Geld kosten, die Staaten ruinieren und unter amerikanischer Führung knechten. Verwundert reibt man sich die Augen und fragt sich, weshalb – mit Ausnahme von Nordkorea, Kuba und Monaco – nur noch Liechtenstein nicht dem IWF, einer Organisation der UNO, beigetreten ist. Mit dem Klimawandel nehmen die Risiken durch Naturkatastrophen deutlich zu, die globale Finanzwirtschaft hat die Gefahren für Finanzplätze verschärft, und sogar unser partnerschaftliche Nachbar Schweiz rät uns dringend zum IWF-Beitritt, weil er uns im Notfall nicht helfen kann.

Die Kosten eines IWF-Beitritts sind überschaubar und durch die Erträge querfinanziert, und die Vorteile sind bei Eintritt von katastrophalen Ereignissen offensichtlich. Deshalb Ja zum IWF – für einen weiteren Baustein zur Sicherheit unseres Landes. ■

Neuer Vorstand für die Jugendunion

Bei der Jugendunion der Vaterländischen Union ist es am 15. Juni zu einer geplanten Erneuerung des Vorstandes gekommen. Mit einem komplett neuen Team wird die Jugendunion ihren erfolgreich eingeschlagenen Weg fortsetzen.

Der bisherige Präsident der Jugendunion Simon Welte, Vizepräsident Sebastien Kranz und die Vorstandsmitglieder Lara Zwiefelhofer, Patrick Bargetze und Laura Ruosch haben den Vorstand verlassen und übergaben das Geschick der Jugendunion frischen Kräften.

Als neuer Präsident der Jugendunion übernimmt Yannick Ritter, Gemeinderat von Mauren-Schaanwald, die Leitung. Unterstützt wird er durch den neuen Vizepräsidenten Ben Konrad sowie die Vorstandsmitglieder Anna-Klara Wolf, Sophia Jehle (bisher), Nico Ritter, Julia Jehle (bisher), Etienne Frick, Isabel Gritsch und Niklas Beck.

Grosser Dank für den erfolgreichen Aufbau

Bei der Generalversammlung am 15. Juni wurden alle bisherigen Vorstandsmitglieder herzlich für ihre wertvolle Arbeit in den letzten zwei bzw. vier Jahren verdankt. Besonders hervorgehoben wurden ihre Leistungen unter den herausfordernden Bedingungen der Coronapandemie. Trotz dieser schwierigen Zeiten gelang es ihnen, Strukturen aufzubauen und erfolgreiche Veranstaltungen zu organisieren, wie zum Beispiel den Frühjahrsbrunch im Bangshof, der sich inzwischen zu einer festen Tradition entwickelt hat.



Der neue Vorstand: Sophia Jehle, Anna-Klara Wolf, Julia Jehle, Isabel Gritsch, Etienne Frick, Noah Ritter, Yannick Ritter und Niklas Beck. Auf dem Bild fehlt Ben Konrad.

Foto: Jugendunion

Mehrwert schaffen

Der neue Vorstand hat sich das Ziel gesetzt, die erfolgreichen Anlässe weiterzuführen und auszubauen. Besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen wird es zahlreiche Veranstaltungen geben, bei denen sich das neue Regierungsteam und die Kandidierenden der jüngeren Generation vorstellen können. Parallel dazu strebt die Jugendunion an, vermehrt konkrete politische Vorschläge zu erarbeiten, die einen echten Mehrwert für die Liechtensteiner Gesellschaft schaffen. ■

Kontakt: jugend@vu-online.li

Rückblick auf ein ereignisreiches Halbjahr

Im ersten Halbjahr 2024 hatte die VU-Fraktion verschiedene Schwerpunkte in ihrem Landtagswirken.

Am 19. Januar 2024 wurde mit der Eröffnungssitzung das letzte Jahr der Legislaturperiode eingeläutet. Wie 2021 mit 100 Jahre Verfassung und 2023 mit 100 Jahre Zollvertrag ist auch 2024 mit 100 Jahre Schweizer Franken wiederum ein Jubiläumsjahr, das auch S. D. Erbprinz Alois in seiner Thronrede bei der Landtagseröffnung treffend erwähnte: «Dessen grosse Stabilität ist ein weiteres attraktives Element unseres Standortes, von dem wir in diesen unruhigen Zeiten profitieren.»

Entbürokratisierung und Entlastung

Die Winterpause wurde von der VU-Fraktion aktiv genutzt, sodass wir zwei Postulate in den März-Landtag einbrachten. Beide Postulate betrafen den Steuerbereich, wobei eines die Entbürokratisierung der Steuererklärung für Familien zum Ziel hatte und das andere die Konsequenzen der kalten Progression aufzeigen soll. Die kalte Progression führt zu steuerlichen Mehrbelastungen und wir möchten deshalb in Erfahrung bringen, mit welchen Massnahmen wir dagegensteuern können. Unsere Nachbarländer Schweiz, Österreich und sogar Deutschland haben bereits Massnahmen dagegen ergriffen. Beide Postulate wurden vom Landtag an die Regierung überwiesen.



Manfred Kaufmann, Fraktionssprecher der VU.

Foto: Vaterland

Im März-Landtag war neben dem Ergänzungskredit zum Spitalneubau ein weiteres wichtiges Thema der Variantenbericht zur Verlegung der Höchstspannungsleitung in Balzers. Damit die Verlegung mit klaren Zielen weiterverfolgt wird, gaben wir von der VU-Fraktion der Wirtschaftsministerin Vorgaben mit, welche Variante sie

weiterverfolgen soll und dass sie regelmässig im nichtöffentlichen Landtag Bericht erstatten muss. Ausserdem wurde beschlossen, dass die nächste öffentliche Debatte dazu im Dezember-Landtag 2024 geführt wird – das soll allen einen Zwischenstand geben. All diese VU-Anträge fanden die Unterstützung des Landtags.

Stimmbeteiligung erhöhen

Im April-Landtag behandelten wir das VU-Postulat zur Erhebung der Gründe von sinkender Stimmbeteiligung. Uns interessierte insbesondere, was die Gründe für die sinkende Stimmbeteiligung sind und mit welchen Massnahmen diese wieder erhöht werden könnte. Leider fand das Postulat keine Mehrheit, vielfach mit der Begründung, dass die Stimmbeteiligung gar nicht wirklich sinke. Dass dem aber nicht so ist, sah man gerade bei der letzten Spitalabstimmung als sich 2019 noch 73 Prozent an der Abstimmung beteiligten und 2024 noch 67 Prozent. Wir werden die Stimmbeteiligung aber weiterhin im Auge behalten und Massnahmen prüfen, wie diese wieder erhöht werden könnte und die Stimmberechtigten wieder vermehrt von ihrem Recht Gebrauch machen.

Der Mai-Landtag stand insbesondere im Zeichen des IWF-Beitritts. Für die gesamte VU-Fraktion und für eine grosse Landtagsmehrheit überwiegen die Vorteile klar.

Für eine Kulturstrategie

Im Juni-Landtag hatte praktisch jedes Traktandum Diskussionsbedarf. Wir brachten das VU-Postulat «Eine Kulturstrategie für Liechtenstein» ein, welches mit einer Landtagsmehrheit an die Regie-

rung überwiesen wurde. Insbesondere die gesamte FBP-Fraktion sah den Nutzen nicht, aber wir sind überzeugt, dass es für die aktive und innovative Kulturlandschaft in Liechtenstein auch eine übergeordnete Strategie braucht, die aufzeigt, wohin der Weg gehen soll, wie es auch in anderen wichtigen Bereichen bereits Strategien gibt. Das ist auch eine Wertschätzung gegenüber den Kunst- und Kulturschaffenden, welche einen positiven Beitrag für Liechtenstein im In- und Ausland leisten.

Zudem wurde die Postulatsbeantwortung betreffend Fertigstellung des Psychiatriekonzepts behandelt. Bei diesem wichtigen parteiübergreifenden Vorstoss waren VU-Abgeordnete ebenfalls rege an der Ausarbeitung beteiligt. Es gilt nun, die Massnahmen umzusetzen, die wir kritisch begleiten werden.

Verbleibende Zeit nützen

In einigen Debatten und Abstimmungsergebnissen wurde bereits deutlich, dass der Wahlkampf begonnen hat. Trotz den Wahlen im Februar 2025 ist es wichtig, dass der Fokus der Landtagsarbeit auch in den letzten Sitzungen auf Land und Bevölkerung gelegt wird. Abschliessend wünsche ich im Namen der VU-Fraktion allen einen schönen Sommer. ■

Manfred Kaufmann

Sparanreize schaffen statt Neiddebatten befeuern!

Im Gesundheitswesen zeichnet sich für den Wahlkampf bereits eine Neiddebatte ab. Statt der reinen Umverteilung der Kosten ist eine Identifikation der Schwachstellen des aktuellen Systems und die Reduktion von Kosten gefragt. Ansätze der Stiftung Zukunft.li erinnern stark an VU-Politik.

Die Gesundheitskosten in der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) sind von 2004 bis 2022 um 62 Prozent gestiegen. Dass das Bestreben der Freien Liste hin zu einer erwerbsabhängigen Krankenkassenprämie keinen Franken bei den Kosten einspart, ist eine Tatsache. Kosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen, war noch nie nachhaltig erfolgreich. Das Schröpfen von Besserverdienenden – von denen es bei uns im Land zum Glück (noch) einige gibt und die übrigens dem Staat den Grossteil der staatlichen Einkünfte bescherten – gehört zur linken Ideologie. Diese wird am Ende aber immer den Solidaritätsgedanken überstrapazieren und mit Methoden der Planwirtschaft wird man jeweils kolossal scheitern: damals, heute, immer!

Ein zweiter Blick ist nötig

Die Prämien der Krankenkassen steigen in der Schweiz und in Liechtenstein – fast ungebremst, dürfte man meinen. Und alle paar Jahre gibt es Vorstösse zu erwerbsabhängigen Krankenkassenprämien. Diese hat man aus guten Gründen nie eingeführt. Denn Lösungen gegen die Kostenexplosion sind nicht bei den Prämien (oder deren Verbilligung) zu suchen, sondern in den Fehlanreizen im System. Doch gerade auch die Freie Liste hat dabei geholfen, diese Analyse zu verhindern. Die VU wollte mit einer Motion den Gesellschaftsminister auffordern, das Gesundheitswesen zum Wohle der Prämienzahler ordentlich zu durchleuchten. Die FL, die FBP und die DpL würgten die Motion ab. Die KVG-Reform von 2016 brachte zwar eine kurzfristige Prämienbremse durch Umverteilung der Kosten auf die Kranken. Nachhaltige Wirkung? Fehlzanzeige!

Drittzahlersysteme funktionieren nicht auf Dauer

Solange alle im ganzen System für den Konsum von Gesundheitsdienstleistungen vorbehaltlos belohnt werden, wird sich bei den Kosten nichts ändern. Durch das Krankenkassenobligatorium, den Staatsbeitrag und den Arbeitgeberbeitrag haben alle Spieler im System die Sicherheit, dass Dritte bei den Kosten mitbezahlen – so werden Gesundheitsdienstleistungen stark subventioniert. Mit der Initiative zu erwerbsabhängigen Prämien werden die Kosten auch nur verlagert und weiter ungebremst ansteigen. Gerade der Mittelstand dürfte dabei den verhältnismässig höchsten Preis bezahlen. Die schwachen Einkommen werden durch die Prämienverbilligung entlastet. Hier könnte man durchaus noch einmal nachschärfen.

In der Schweiz beginnt nun das Undenkbare: Da gibt es tatsächlich Leute, die das aktuelle Gesundheitssystem und vor allem dessen



Die steigenden Gesundheitskosten bereiten vielen Familien Kopfzerbrechen.

Foto: iStock

langfristige Finanzierbarkeit infrage stellen. Wenn wir weiterhin im aktuellen System, das mit dem Krankenkassenobligatorium gut 30 Jahre alt ist, Pflasterlipolitik betreiben, wird sich nichts nachhaltig zum Besseren wenden. Lange wird es sich nicht mehr ausgehen mit den Versprechen der Populistinnen und Populisten von rechts und links. Dann wird das System an die Wand gefahren und das Ganze wird für viel mehr Menschen nicht mehr bezahlbar, als es heute der Fall ist. Die Zahlen der Caritas sprechen dabei Bände. Pierre Bessard und Olivier Kessler legen in ihrem Buch «Zu teuer! Warum wir für unser Gesundheitswesen zu viel bezahlen» die Fehlanreize im aktuellen System eindrücklich dar. Am Beispiel von Singapur zeigen sie auf, wie sich ein qualitativ hochwertiges Gesundheits- und Sozialsystem nachhaltiger finanzieren liesse. Es wäre für die weitere Debatte hilfreich, sich grundlegende Gedanken über die Finanzierbarkeit unseres Gesundheitswesens zu machen. Mit diesem Bestreben ist die VU aber augenscheinlich allein. Das zeigt eindeutig, dass offensichtlich der Leidensdruck doch nicht so hoch ist, wie vielerorts immer wieder zu hören ist.

Einfach, aber einfach falsch

So sind am Ende die Diskussionen rund um höhere Staatsbeiträge und erwerbsabhängige Prämien nichts anderes als Neiddebatten: Man ist nicht bereit, das System und dessen Fehlanreize zu durchleuchten, sondern möchte einfach die Kosten

möglichst allen anderen aufbürden. Oder wie es einst Norbert Blüm sagte: «Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum.»

Wir besitzen gute Instrumente, um untere Einkommen zu entlasten. Diese müssen besser genutzt

Wie es einst Norbert Blüm sagte: «Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum.»

werden. Aber wir brauchen auch positive Sparanreize im Gesundheitswesen, damit uns die Kosten – und damit das ganze System – nicht um die Ohren fliegen. Darum

wäre es angezeigt, nicht immer nur kurz vor Wahlen dort über den Zaun zu gehen, wo er am niedrigsten ist. Der bequemste Weg ist nämlich nicht immer der richtige. Besonders dann nicht, wenn es um das Ein- und Auskommen unserer Kinder und unserer Kindeskinde geht.

Wertvolle Erkenntnisse der Stiftung Zukunft.li

Und wenn man schon nicht bereit ist, das aktuelle System als Ganzes grundlegend zu hinterfragen, dann sollte man zumindest jene Reformen angehen, die im aktuellen System möglich wären. Die Stiftung Zukunft.li hat nun die Arbeit gemacht, welche die Regierung im Namen der Versicherten so dringend schon lange hätte machen müssen. Zukunft.li schlägt in der jüngsten Studie beispielsweise Managed-Care-Modelle vor. Diese Lösungen erinnern übrigens stark an das Hausarztmodell, das von der VU um die Jahrtausendwende eingeführt, aber von der FBP-Alleinregierung ohne Not und Bewährungsfrist gleich wieder abgeschafft wurde.

Der zuständige Minister scheint sich also – wie in den meisten seiner Agenden – ohnehin lieber in der Strategie des Aussitzens zu üben, anstatt Lösungen vorantreiben zu wollen. Dabei ist er sich wohl nicht bewusst, dass das Sprichwort «Wer nichts macht, macht auch nichts falsch» in diesem Zusammenhang nicht stimmt. Ein Blick auf die Kostenexplosion zeigt das eindrücklich. ■

Michael Winkler



Michael Winkler
Generalsekretär

Kommentar

Zwischen 15 und 20 Jahre zu spät

Jetzt haben wir endlich eine belastbare Angabe, wie lange es dauert, bis die FBP versteht, dass die Ideen der VU eigentlich doch nicht so schlecht sind: Es sind in der Regel 15 bis 20 Jahre. Beispiel gefällig? Im Juni-Landtag brachte die Bürgerpartei ein Postulat, das eine Bedarfsanalyse für eine Bildungsreform forderte, die im Wesentlichen die Kriterien von SPES II erfüllt. Wäre vor 15 Jahren der FBP-Widerstand nicht gewesen, wäre unser Bildungssystem heute wesentlich fitter. Es brauchte nun eine Studie der Stiftung Zukunft.li, um die Schwarzen zu einem Postulat zu bewegen, das sehr schnell kam – kein Wunder, brauchten die Bürgerparteilern den wesentlichen Inhalt der Studie ja bloss abzuschreiben.

Eine weitere Studie der Stiftung Zukunft.li ergründet mögliche Optimierungen im Gesundheitswesen. Hier bricht der Think-Tank eine Lanze für Managed-Care-Modelle, die das System deutlich entlasten könnten. Managed-Care-Modelle? Etwas Neues? Nein! Auch das kurz um die Jahrtausendwende von der VU-Regierung eingeführte Hausarztmodell wäre ein ebensolches Modell. Und raten Sie einmal, wer nach nicht einmal einem Jahr dieses Hausarztmodell beendet hat? Richtig, die FBP-Alleinregierung! Das ist jetzt sogar schon etwas länger her: gute 20 Jahre. Aber vielleicht kommt die Bürgerpartei jetzt auch auf den Geschmack, wenn diese Ansätze nicht von der VU kommen, sondern von einer freiheitlichen Stiftung.

Der Ansatz unseres Gesundheitsministeriums, alles der Schweiz anzugleichen, kann eine Strategie sein. Dass das Schweizer Gesundheitswesen aber reformiert gehört, ist täglich zu hören und zu lesen. Sonst müssten sich die Leute ja nicht bei jeder Abstimmung mit einer Gesundheitsinitiative nach der anderen herumschlagen. Das ist auch bloss so, weil die Schweizer Gesundheitspolitik planlos unterwegs ist. Noch schlimmer als diese Planlosigkeit ist aber, dass unser Gesundheitsminister bereit ist, diese Fehler lemminghaft einfach zu übernehmen. Es ist Zeit, nach vorne zu schauen und griffige Massnahmen zu finden, damit wir noch lange von hoher Qualität profitieren können. ■

Impressum «klar.»

Herausgeberin: Vaterländische Union
Redaktion: Michael Winkler
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag
Adresse: Vaterländische Union,
Parteisekretariat, Wilhelm Beck Haus,
Fürst-Franz-Josef-Strasse 13, 9490 Vaduz
Redaktion: Tel. +423 239 82 82,
E-Mail: michael.winkler@vu-online.li,
Internet: www.vu-online.li



Vaterländische Union



v2021 organisierte die VU im Sportpark Eschen-Mauren den ersten Parteitag unter freiem Himmel. Im Sommer 2022 war auf der Burg Gutenberg der zweite. Am 26. August soll es den nächsten geben. Foto: Archiv

VU-AGENDA

Unser Weg zu den Landtagswahlen 2025

Montag	26. August	18.30 Uhr	Parteitag, Nomination Regierungsteam
Freitag	27. September	19.00 Uhr	OG Ruggell
Freitag	25. Oktober	19.00 Uhr	OG Eschen-Nendeln
Sonntag	27. Oktober	10.30 Uhr	OG Schellenberg
Mittwoch	30. Oktober	18.30 Uhr	OG Mauren-Schaanwald
Donnerstag	14. November	18.30 Uhr	OG Gamprin-Bendern
Freitag	15. November	18.30 Uhr	OG Vaduz
Sonntag	17. November	10.30 Uhr	OG Schaan
Montag	18. November	18.30 Uhr	OG Planken (Jahresversammlung)
Mittwoch	20. November	18.30 Uhr	OG Triesenberg
Freitag	22. November	19.00 Uhr	OG Triesen
Sonntag	24. November	10.30 Uhr	OG Balzers
Donnerstag	28. November	18.00 Uhr	Parteitag, Nomination Landtagsteam

Die Veranstaltungsorte werden regelmässig auf www.vu-online.li/termine und auf der «klar.-Seite» im «Lichtensteiner Vaterland» veröffentlicht.

Der Weg zu den Landtagswahlen 2025

Nach dem Staatsfeiertag wird die VU ihr neues Regierungsteam für die Landtagswahlen präsentieren. Zwischen September und Oktober nominieren die Ortsgruppen die Landtagskandidatinnen und -kandidaten, bis Ende November ist das VU-Team komplett.

Endlich Sommer! Zeit, das erste Halbjahr zu verarbeiten: feiern, was gut gelaufen ist, und überlegen, was man besser machen könnte. Und für die meisten von uns ist es Zeit, den Akku wieder aufzuladen. Gerade deshalb, weil bald die Landtagswahlen vor der Tür stehen. Die VU hat den Terminkalender bis zum Jahreswechsel festgelegt und es wird ein ereignisreicher Herbst. Während im Landtag die letzten Vorlagen der aktuellen Regierung beraten werden und der politische Alltag nach dem Staatsfeiertag ansteht, passiert bei der VU allerhand Ausergewöhnliches: Man ist in den Ortsgruppen auf der Suche nach motivierten Menschen, die ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger im Landtag vertreten wollen. «Hier

ist man je nach Ortsgruppe bereits sehr weit fortgeschritten», erklärt Parteipräsident Thomas Zwiefelhofer. «Die oft diskutierte Schwierigkeit auf der Suche nach Kandidierenden nehme ich bei uns nicht wahr. Das mag vielleicht damit zusammenhängen, dass wir einfach auch mit einer sehr positiven Einstellung ans Werk gehen.»

Nomination nach den Ferien

Worauf der Präsident auch privat am meisten angesprochen wird, ist die Suche nach dem Regierungsteam: «Auch hier sind wir sehr gut auf Kurs. Wir haben uns bewusst dazu entschieden, die Vorstellung unseres Teams erst nach dem Staatsfeiertag und den Ferien vorzunehmen.» Da die VU mit einem komplett neuen Regierungsteam

antritt, wolle man den Kandidatinnen und Kandidaten bewusst noch den Sommer gönnen, um die Batterien aufzuladen – abseits von Wahlkampf und Spekulationen. «Der Wahlkampf wird dann sicher auch noch lange genug gehen», erklärt Zwiefelhofer mit Vorfreude.

Ortsgruppen sind gefragt

Der Staatsfeiertag am Donnerstag, 15. August, steht dann noch ganz im Zeichen des Erreichten und des Vergangenen. Am Montag darauf, am 19. August, wird das Präsidium dem VU-Parteivorstand das Regierungsteam vorschlagen. Am 21. August findet der Parteivorstand statt, der das Regierungsteam dem Parteitag zur Nomination am 26. August vorschlägt. Dieser Nomi-

nationsparteitag findet in der Arena beim Gasometer Triesen statt (Schlechtwettervariante: Gemeindesaal Triesen).

Einen Monat später startet dann die erste Nomination der Kandidierenden für den Landtag: Ruggell beginnt, wie schon in der Vergangenheit so oft, den Reigen. Als elfte und letzte Ortsgruppe nominiert Balzers am 24. November, ehe am 28. November der Landesparteitag die Nomination formell abschliesst. Sind dann in der Folgewoche die Wahlvorschläge eingereicht, sind alle Namen für die Wahlen offiziell. Unterdessen werden – wohl in allen Parteien – die Wahlprogramme mit den Kandidatinnen und Kandidaten ausgearbeitet, damit die Bevölkerung weiss, wel-

che Partei und welche Person für welche Inhalte steht.

Medienarbeit, Aufklärung, Landtagswahlen

Auf den eigenen Kanälen und in den Landesmedien werden dann die Infokampagnen und die Menschen, die für die VU und für unser Land in Regierung und Landtag gewählt werden wollen, vorgestellt. «Hier haben wir schon sehr gute Ideen entwickelt und es wird eine ansprechende Wahlkampagne geben. Wir wollen hier besonders unsere Stärken in den Blick nehmen und uns nicht von der konfrontativen Art unserer Mitbewerber, die leider im Landtag die Stimmung bestimmt, beirren lassen», erklärt der VU-Präsident. ■

Michael Winkler

Einladung zum Parteitag

Montag, 26. August 2024

18.30 Uhr

Arena-Areal beim Gasometer, Triesen

Programm

18.30 Uhr Apéro

19.00 Uhr Begrüssung

Parteipräsident Thomas Zwiefelhofer

Statutarisches

- Jahresrechnung 2023

Verdankungen

Vorstellung des Regierungsteams

Nomination des Regierungsteams

Schlusswort

Musikalische Umrahmung mit Mario Strohschänk